

Einführung: Ökonomische Situation der Familie

Hanesch, Walter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hanesch, W. (2005). Einführung: Ökonomische Situation der Familie. *Zeitschrift für Familienforschung*, 17(2), 148-152.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-324996>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Walter Hanesch

Einführung: Ökonomische Situation der Familie

Introduction to thematic block IV: The economic situation of families

Die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung zur materiellen Lage der Familien hat in den beiden letzten Jahrzehnten einen enormen Aufschwung erfahren. Dafür war eine Reihe von Faktoren maßgeblich:

1. Zum einen ist diese Entwicklung darauf zurückzuführen, dass die empirische Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung im letzten Jahrzehnt einen starken Aufschwung erfahren und sich immer stärker ausdifferenziert hat. Ausgelöst durch den beschleunigten wirtschaftlichen und sozialen Wandel hat das Interesse in Wissenschaft und Öffentlichkeit an Fragen der materiellen Lebensbedingungen sowie der ökonomischen und sozialen Ungleichheit zugenommen und die Forschung beflügelt. Parallel dazu hat sich die Suche nach angemessenen Konzepten zur Erfassung und Messung von Lebensbedingungen und Lebenslagen (etwa im Rahmen der empirischen Wohlfahrts- und Indikatorenforschung) intensiviert. Im gleichen Zeitraum hat sich die Armutsforschung zu einem zunehmend wichtigen und inzwischen anerkannten Feld der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung entwickelt und wichtige Anstöße zur Familienforschung gegeben. Forschungsansätze zur Ressourcenarmut wie zur Armut als Lebenslage haben entscheidend dazu beigetragen, die Situation von Familien in prekären Lebenslagen bzw. -phasen zu analysieren.
2. Der Aufschwung ist zum anderen darauf zurückzuführen, dass neue Datenquellen entwickelt wurden und für die empirische Forschung zur Verfügung stehen. Da die bestehenden Erhebungen der amtlichen Statistik und der empirischen Sozialforschung sich für differenziertere Untersuchungen im Rahmen der Familienforschung nur als begrenzt tauglich erwiesen haben, wurden eigene Surveys entwickelt und erhoben, deren Erhebungsprogramm speziell auf Fragen der Familienforschung zugeschnitten wurde (insbesondere Familiensurvey). Als noch wichtiger haben sich Panelerhebungen erwiesen, die zeitliche Verlaufsforschungen ermöglichen und eine Grundlage für ursachen- und wirkungsbezogene Analysen bieten. Neben dem Sozioökonomischen Panel als wichtigster Panelerhebung in der Bundesrepublik, die bereits seit 1984 zur Verfügung steht und deren Untersuchungsbereich durch sukzessive Aufstockungen in den letzten Jahren erweitert wurde, sind das Niedrigeinkommens-panel und das Europäische Haushaltspanel bzw. die neue EU-weite Panelerhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen privater Haushalte (EU-SILC) zu nennen. Bei einer differenzierten Betrachtung zeigt sich, dass die angesprochenen Erhebungen jeweils spezifische Vor- und Nachteile haben. Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass differenzierte Analysen einzelner Lebenslagen für kleinere

Haushaltsgruppen nach wie vor sehr rasch an Grenzen der Auswertungsmöglichkeit stoßen.

3. Schließlich ist hervorzuheben, dass auch das Interesse in Politik und Öffentlichkeit an Fragen der ökonomischen Lage der Familien in den letzten Jahren rapide zugenommen hat. So sah sich die Politik durch erste Studien und Befunde zu ausgewählten Aspekten der ökonomischen Lage – insbesondere zu Themen wie Kinderarmut oder Armut von Alleinerziehenden – herausgefordert, vertiefende Untersuchungen in Auftrag zu geben und nach politischen Lösungen zu suchen. Insofern hat das neu oder wieder erwachende politische Interesse sich unmittelbar auf die Forschung (und Forschungsförderung) ausgewirkt.

Parallel dazu ist der Bedarf an validen Informationen zur Einkommenslage aus rechtlichen und politischen Gründen gestiegen: So wird als Folge der Vorgabe des Bundesverfassungsgericht, dass das Existenzminimum von der Einkommensbesteuerung frei sein muss, von der Bundesregierung dem Bundestag ein jährlicher Bericht zum Existenzminimum vorgelegt, aus dem erkennbar wird, dass dieses Gebot eingehalten wird. Darüber hinaus hat sich die Auseinandersetzung intensiviert, mit welchen Instrumenten die ökonomische Lage der Haushalte mit Kindern insgesamt bzw. bestimmter Haushaltsgruppen verbessert werden kann und soll. Entsprechend ist der Bedarf an empirisch gesicherten Erkenntnissen zur Wirkung ausgewählter sozial- und familienpolitischer Instrumente gestiegen.

4. Schließlich ist seit Anfang der 90er Jahre in den meisten Bundesländern eine Sozialberichterstattung aufgebaut worden, die u.a. eine Berichterstattung zur materiellen Lage von Familien oder bestimmten Familienformen umfasst. So werden in einzelnen Bundesländern in regelmäßigen Abständen Familienberichte veröffentlicht, die sich auf empirische Forschungsergebnisse zur ökonomischen und sozialen Lage der Familie stützen (Familienberichte Bayern, Berlin etc.).

Mit der Institutionalisierung einer Armuts- und Reichtumsberichterstattung (AuRB) auf Bundesebene hat die Bundesregierung einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung einer Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik unternommen. Insgesamt stellt das neue Berichtssystem eine wichtige und gute Grundlage für die Weiterentwicklung der Forschung und Berichterstattung zu Fragen der Ressourcen- und Lebenslage von Haushalten und Familien in der Bundesrepublik dar. Damit wurden die bisherigen Berichtssysteme der Jugend- und Familienberichte, die für Fragen der materiellen Lage der Familien wenig ergiebig waren, sinnvoll ergänzt und erweitert. In Ergänzung zum AuRB wird seit Einführung der offenen Koordinierung zum Thema soziale Integration in der EU in der Bundesrepublik in regelmäßigen Abständen ein nationaler Aktionsplan (NAP) zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erstellt. Ausgehend von einer indikatorengestützten Bestandsaufnahme zu Armut und Ausgrenzung werden Ziele, Strategien und Programme zur Überwindung dieser Probleme dargestellt. Auch dieser „NAP Inclusion-Prozess“ wird dazu beitragen, die empirischen Grundlagen zu Fragen der Armut und Ausgrenzung zu verbessern.

Welche inhaltlichen und methodischen Forschungsansätze zur ökonomischen Lage von Familien sind bisher entwickelt worden? Welche Fragestellungen und Ansätze sollten weiter verfolgt werden? Ich will hierzu nur einige ausgewählte Aspekte hervorheben:

1. Untersuchungen zur ökonomischen Lage der Familien wurden zum einen als Teil der allgemeinen Ressourcen- und Lebenslageforschung entwickelt und umgesetzt. Dabei steht einmal die Struktur und Entwicklung der Gesamtverteilung ökonomischer Ressourcen im Vordergrund. Zum anderen wird der Versuch unternommen, unterschiedliche Aspekte der Ressourcenlage miteinander zu verknüpfen (Einkommens- und Vermögenslage, Einkommenslage und Haushaltsproduktion). Schließlich wird versucht, die Ressourcenlage mit ausgewählten Aspekten der Lebenslage zu verknüpfen. Als Problem erweisen sich dabei nicht nur Grenzen der Auswertbarkeit der vorhandenen Datensätze, sondern auch konzeptionelle Probleme, was etwa die Operationalisierung des Lebenslageansatzes betrifft.

Die ökonomische Lage von Haushalten mit Kindern insgesamt oder ausgewählter Haushaltsgruppen – etwa im Sinne bestimmter Haushaltstypen oder bestimmter sozio-ökonomisch abgegrenzter Haushaltsgruppen – ist hier also Teil eines umfassenden Forschungs- und Untersuchungsansatzes. Unabhängig von der verwendeten Datenquelle stimmen solche Untersuchungen darin überein, dass Haushalte mit jüngeren Kindern nach wie vor ein viel geringeres Einkommen zur Verfügung steht als kinderlosen Haushalten. Familienhaushalte sind finanziell umso schlechter gestellt, je jünger die Kinder sind und je mehr Kinder im Haushalt vorhanden sind; am ungünstigsten ist die Position allein erziehender Mütter. Zugleich sind diese Familien im Vergleich zu Kinderlosen mit zusätzliche finanzielle Belastungen konfrontiert. Ebenso ist festzustellen, dass der Anteil von Haushalten mit jüngeren Kindern weiter zurückgeht.

2. Ähnlich sieht es bei einem zweiten Strang von Untersuchungen aus, der sich als Teil der neueren Armutsforschung in der Bundesrepublik entwickelt hat. Sehr früh wurde im Rahmen der nationalen Armutsforschung auf das Problem hingewiesen, dass Haushalte mit Kindern überdurchschnittlich stark von Einkommensarmut betroffen sind, wobei kinderreiche und Eineltern-Haushalte besonders hohe Armutsquoten aufweisen. Vor allem im Rahmen der Armutsforschung sind zudem Ansätze einer dynamischen Forschung entwickelt worden. Sie liefern Informationen zu Verlaufsmustern der Einkommens- und Lebenslage und erlauben es, die Dynamik familiärer Lebensformen und Lebenslagen adäquat abzubilden. Zugleich können mit Hilfe analytischer Verfahren Fragen der Ursachen und Wirkungen prekärer Lebenslagen untersucht werden.

Neben Untersuchungen auf der Basis quantitativer Erhebungen und Datensätze spielen für Fragen der ökonomischen Lage aber auch qualitative Analysen eine wichtige Rolle. Gleiches gilt für die Verknüpfung von quantitativen und qualitativen Analysen. Dies betrifft vor allem Fragen des subjektiven Erlebens und Verarbeitens sowie Fragen der Bewältigung und Überwindung prekärer materieller Lebenslagen. Vor allem im Kontext der Armutsforschung sind solche Ansätze entwickelt worden, etwa im Hinblick auf Strategien zum Ausstieg aus

der Sozialhilfe oder zu den Auswirkungen der Armut auf die betroffenen Kinder.

3. Im Rahmen der Forschung und Beratung zu Fragen der Beschäftigungs-, Sozial- und Familienpolitik konzentriert sich das Interesse auf die Wirkung der bestehenden Programme und Instrumente wie auf die Wirkung alternativer Interventionsformen. Dabei hat sich ein breites Spektrum an Ansätzen der Wirkungsforschung entwickelt. Dazu gehören Ansätze der Prozess- und Ergebnisevaluation zur Umsetzung und Wirkung einzelner arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Programme, dazu gehören aber ebenso Ansätze der Mikrosimulation zur Erfassung der Wirkung bestimmter Sozialtransfers oder steuerlicher Regelungen (Kindergrundsicherung etc.).

Auch wenn Ansätze und Standards der Wirkungsforschung bislang kontrovers diskutiert werden und zu vielen Fragen keineswegs einheitliche Ergebnisse liefern, kommt diesem Forschungszweig für die Zukunft sicherlich eine wachsende Bedeutung zu. Hat sich doch angesichts der verknüpften öffentlichen Haushaltsmittel der Legitimationsdruck für die Sozial- und Familienpolitik gegenüber der Öffentlichkeit erhöht, ihre sozial- und familienpolitischen Ziele eindeutiger zu definieren und über die Wirkung ihrer politischen Anstrengungen zur Zielverwirklichung zu berichten. In die gleiche Richtung geht der von der EU forcierte Ansatz, auch in der Sozialpolitik die Transparenz nationaler Politikstrategien zu erhöhen und internationale Vergleiche für die Bewertung nationaler Programme heranzuziehen.

Bisherige Untersuchungsergebnisse verweisen darauf, dass die ökonomische Lage der Familie mit den bisherigen Programmen nur sehr unzureichend stabilisiert wird. Dabei bedarf es nicht unbedingt eines erhöhten Mitteleinsatzes bei den familienpolitischen Instrumenten, um eine bessere Wirkung zu erzielen. Es geht vielmehr eher darum, die vorhandenen Mittel wirksamer einzusetzen. Vor allem indirekte Formen der Familienförderung haben sich als ineffizient erwiesen und sollten zugunsten einer kinderorientierten Förderung umgebaut werden. Würden etwa ehebezogene Leistungen wie das Ehegattensplitting auf das verfassungsrechtlich gebotene Maß zurückgefahren, könnte der finanzielle Spielraum für einen Ausbau kinderbezogener Leistungen genutzt werden, wobei insbesondere ein Ausbau der Kinderbetreuung, eine Umgestaltung und Erhöhung des Erziehungsgelds sowie die Einführung einer Kindergrundsicherung Vorrang haben müssten.

Was die Weiterentwicklung vorhandener Forschungsansätze betrifft, sehe ich insbesondere folgende Aufgaben:

- Zum einen geht es um die Frage, welche Ansätze und Indikatoren für die Charakterisierung der ökonomischen Lage herangezogen werden sollten. Zwar besteht weitgehend Konsens, dass die Einkommenslage durch weitere Indikatoren ergänzt werden sollte, offen ist aber nach wie vor, inwieweit es gelingt, den Lebenslageansatz für solche Fragen fruchtbar zu machen. Zudem hat Andres den Vorschlag eingebracht, statt des Lebenslagen- einen Lebensstandardansatz als ein ergänzendes Konzept heranzuziehen. Auch das Konzept der sozialen Ausgrenzung bedarf der weiteren Konkretisierung und Operationalisierung.

- Zum anderen ist zu fragen, inwieweit bestimmte Verhaltenweisen im familiären Kontext durch die ökonomische Lage bestimmt sind bzw. sich wiederum auf die ökonomische Lage auswirken? Das betrifft etwa die Entwicklung neuer Formen des Zusammenlebens aber auch das Reproduktionsverhalten in Familien. Nur sehr langsam ist in der Auseinandersetzung mit dem sich abzeichnenden demographischen Wandel auch die ökonomische Lage von Haushalten ins Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit gerückt. Waren doch im konservativen deutschen Sozialstaatsmodell die Kombination von Haushalts- und Erwerbsarbeit und die ökonomischen Kosten der Kindererziehung Aufgaben- und Problemstellungen, deren Lösung und Bewältigung allein in der Zuständigkeit der jeweiligen Familie lagen. Erst allmählich wird die wirtschaftliche, soziale und politische Bedeutung dieser Fragen wahrgenommen, entsprechend wächst der Druck gegenüber der Politik, geeignete Rahmenbedingungen und Interventionen zu entwickeln und umzusetzen. Diese Situation bedeutet zugleich eine Chance für empirische Forschung auch und gerade in der Familienpolitik, sich als Grundlage einer rationaleren und zielgenaueren Politik anzubieten.

Eingereicht am: 27.07.2005

Akzeptiert am: 05.09.2005

Anschrift des Autors:

Prof. Dr. Walter Hanesch
FH Darmstadt
Adelungstrasse 51
D- 64283 Darmstadt

Email: whanesch@fh-darmstadt.de